

7/SN-26/ME XVII. GP - Stellungnahme (gescanntes Original)

UNIVERSITÄT FÜR BILDUNGSWISSENSCHAFTEN KLAGENFURT

UNIVERSITÄTSDIREKTION

A-9010 KLAGENFURT
UNIVERSITÄTSSTRASSE 65—67
TEL. (0 42 22) 23 7 30 — 0*

Sachb.: Dr. Arnulf Longin
Kl. 215

An das
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n

Dr. Karl Renner Ring 3

Betrifft GESETZENTWURF

Zl. 26 - GE/9.87

Datum: 29. MAI 1987

Verteilt: 2. Juni 1987

ZAHL: 1001-BMWF/UD/87

KLAGENFURT, 25. Mai 1987

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Hochschul-
taxengesetz 1972, das Universitäts-Organisationsgesetz
1975, das Kunsthochschul-Organisationsgesetz 1970,
das Akademie-Organisationsgesetz 1955 und das Forschungs-
organisationsgesetz 1981 geändert werden soll;
Vorlage der Stellungnahme

In Erledigung des Erlasses des Bundesministeriums für Wissen-
schaft und Forschung vom 10. Mai 1987, GZ 10.720/16-SLPrs/87,
übermittelt die Universitätsdirektion der Universität für
Bildungswissenschaften Klagenfurt 25 Ausfertigungen der ho.
Stellungnahme.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurde
hievon in Kenntnis gesetzt.

Der Universitätsdirektor:

Dr. Arnulf Longin

An das
Bundesministerium für Wissenschaft
und Forschung
Präs.- und Rechtssektion
z.H. des SL. Dr. Wolf Frühauf

Postfach 104
1014 W I E N

ZAHL:

1001/17

KLAGENFURT, 21.05.1987

Betreff: GZ.10.720/16-SLPrs/87 - Gesetzentwürfe

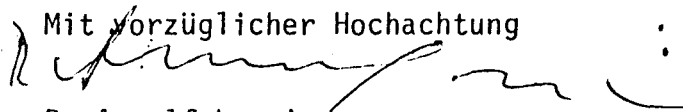
Zu obigem Erlaß vom 10. Mai 1987 erlaubt sich die Universitätsdirektion der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt, wie folgt Stellung zu nehmen:

Nach ho. Meinung sollte der Wortlaut des § 105 Abs.3 dritter Satz eine weitere Hinzufügung erhalten:

" Eine angemessene Vergütung kann verlangt werden, die im Sinne des § 17 Abs.5 des Bundeshaushaltsgesetzes für die Instandhaltung der gemieteten Räumlichkeiten, für universitäre Publikationen, für Weiterbildungsaktivitäten der Universität oder zur Förderung internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit zu verwenden ist."

Die Universität für Bildungswissenschaften ist der Meinung, daß zusätzlich zur Bestimmung des § 104 Abs.3 im § 105 Abs.3 dritter Satz die Bestimmung "die Instandhaltung der gemieteten Räumlichkeiten" einzufügen ist, da durch die Vermietung bzw. Zurverfügungstellung von Unterrichtsräumen und anderen Räumlichkeiten der Universitäten Kosten entstehen, die direkt aus dem erzielten Einnahmen abzudecken sein müßten.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Dr. Arnulf Longin